

E-Mail an Herrn Innenminister Ralf Jäger (24.01.2013)

Ministerium für Inneres u. kommunales NRW

Herr

Innenminister Ralf Jäger

Diskriminierung der Ausländerkinder

Sehr geehrter Herr Minister Jäger,

beiliegend sende ich Ihnen meine Datei (1), welche ich auf meiner Webseite schon seit längerer Zeit veröffentlicht habe und zurzeit wird sie auch auf mehreren anderen Webseiten veröffentlicht.

Ich betrachte die Diskriminierung der ausländischen Kinder in Deutschland und insbesondere durch ein Bundesgesetz für einen ungeheuerlichen Akt der Missachtung der Menschenrechte.

Das Gesetz ist von Ihren Parteigenossen und in Zusammenarbeit mit den Grünen in der Bundesregierung unter Gerhard Schröder zustande gekommen, es ist jetzt an der Zeit, nachdem die SPD und die Grünen in Hannover die Wahl gewonnen haben und sie die absolute Mehrheit im Bundesrat erhalten haben, dass Sie das Gesetz ohne Rücksicht auf den Bundestag ändern können.

Ich hoffe, dass in Zukunft die ausländischen Kinder keine Diskriminierung erfahren sollen und nicht von den Ausländerbehörden gezwungen werden, zwischen dem Deutschen Pass und dem Pass ihrer Eltern wählen zu müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Omar Soufan

1) http://ratgeber-fuer-auslaender.de/pdf/Diskriminierung_Kinder_ausl_Eltern_de.pdf

Antwort vom Herrn Innenminister Ralf Jäger (27.02.2013)

Sehr geehrter Herr Soufan,

Ihre E-Mail vom 24.01.2013 hat Herr Minister Jäger vorgelegen.

Herr Minister Jäger lässt Ihnen danken und hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Sie äußern in Ihrer Mail Ihre Bedenken hinsichtlich des Optionsverfahrens nach § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes und fordern die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz ist ein Bundesgesetz, so dass auch nur der Bundesgesetzgeber das Gesetz ändern kann.

Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass sich die nordrhein-westfälische Landesregierung für die Abschaffung der sog. "Optionspflicht" einsetzt. Es ist daher das Anliegen des Landes Nordrhein-Westfalen, eine Rechtsänderung durch eine entsprechende Initiative auf Bundesebene herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen
Monika Jonas

Ministerium für Inneres und Kommunales **NRW**